Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags einmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Technische Rundschau", „Haus und Garten", Bildblatt „U.T.A.". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Österreichs, des tschechoslow. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreise: Durch die Post vierteljährlich 11,25 Mark ausschließlich Zustellungsgebühr. Ausland ausschließlich Postaufschlag; für Berlin und Vororte monatlich 3,75 Mark, vierteljährlich 11,25 Mark bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus. Unter Kreuzband monatlich: für Deutschland und Österreich-Ungarn 7— Mark, fürs Ausland 10 Mark, bei täglich einmaliger Zustellung 5— Mark. In Berlin und Vororten abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10131—10144, für den Fernverkehr Nr. 1420—14200), und den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Seite M. 2.— u. 20% Zuschlag. Familien-Anzeigen u. Stellen-Gesuche M. 2.— die Zeile. Inseraten-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Jerusalem. Str. 46-49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdam. Str. 33; Nunnestr. 20; Königstr. 56/57; Rosenthal. Str. 40; Schönh. Allee 144; Wrangelstr. 28; Kgl. Kommisser Str. 67/68; Rathenow. Str. 8; Turmstr. 61; Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 246; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1-6; Greifsw. Str. 197; Kennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlottenb. Tauentzienstr. 2; Kantstr. 54; Schloßstr. 89; Kurfürst. Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Hentzelstr. 5; Lichtenb.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 17; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 86/94; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 84; Schöneberg: Hauptstr. 20/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 13; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserslach 18. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Liebenschdamweiba: Prückenstr. 23; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 427 • Ausgabe A Nr. 232
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 427

Freitag, 12. September 1919
48. Jahrgang

Unterredung mit dem Präsidenten Masaryk.

Der deutsch-böhmische Ausgleich.

„Kein nationales, sondern das böhmische Humanitätsprogramm."

Von unserem Sonderberichterstatter
Hans Vorst.

Prag, Anfang September.

Professor Masaryk, der Präsident der tschechoslowakischen Republik, hatte die Güte gehabt, mir mitteilen zu lassen, daß er mich am Nachmittag empfangen würde. Während ich in dem schönen Auto, das mich abholte, die erfrischende halbstündige Fahrt durch das böhmische Land nach dem Schloß Kolodeje machte, konnte ich nicht umhin, Gedanken darüber anzustellen, welche entscheidende Rolle für die meisten Menschen der Erfolg bei der Beurteilung einer Persönlichkeit spielt. Derselbe Mann, der jetzt den höchsten Posten im jungen tschechoslowakischen Staat einnimmt, galt noch vor Jahresfrist den Deutschen im Reich und in Oesterreich als Verräter und Verbrecher. Heute, wo seine Politik von Erfolg gekrönt worden ist, sieht man keinen Anlaß mehr, ihn moralisch zu verurteilen, wie denn auch im Deutschen Reiche heute Staatsmänner und Minister nach Grundsätzen reden und handeln, die noch vor Jahresfrist als Verbrechen und Verrat gegolten hätten.

Indessen hätte, wer die Geschichte dieses Mannes kannte, mit moralischen Vorwürfen gegen den Professor Masaryk auch damals sparen sollen, als seiner Haltung der Erfolg noch nicht zuteil geworden war. Denn wenn man seine Lebensarbeit verfolgt, so ist wohl das eine klar, daß dieser jetzt so überaus populäre Führer der tschechischen Nation, ein Mann von reinem Willen ist, eine Bekennernatur, die nie nach Bequemlichkeit oder Vorteil gehandelt, nie nach Popularität gehascht hat. Aus einfachstem Stande geboren, hat er aus eigener Kraft sich auf den Gipfel der Bildung seiner Zeit emporgearbeitet und später stets seiner Ueberzeugung und der Wahrheit mutig auch da gedient, wo er wohl wußte, daß diese Haltung nicht dazu beitragen würde, ihn bei seinen Landsleuten beliebt zu machen. Man braucht nur daran zu denken, wie er die „Königinhofer Handschrift" als eine Fälschung entlarvte, jene Handschrift, die den Tschechen als ein nationales Heiligtum gegolten hatte; oder wie er im Hilsnerprozeß, jener „Ritualmordaffäre", sich rücksichtslos auf die Seite des Rechts und der Wahrheit stellte, obgleich er damit in Gegensatz zu den im böhmischen Volke so verbreiteten antisemitischen Tendenzen trat; oder wie er, unbekümmert um Majoritätsurteile, für den inneren Frieden und für den Ausgleich mit der österreichisch-ungarischen Monarchie eintrat, solange er diesen Ausgleich noch für möglich hielt, und sich dadurch Feindschaft, Gespött und Geringschätzung unter seinen Volksgenossen zuzog; wie er endlich noch bis in sein Alter hinein Unbequemlichkeiten, Entbehrungen und Gefahren für seine Ueberzeugung auf sich genommen hat, bis endlich so schnell und stark die Sonne der Popularität und des Erfolges ihm zu leuchten begann.

Ich war gespannt, diesen Mann kennen zu lernen und begierig zu hören, wie er, der so lange für Humanität und Freiheit und Gerechtigkeit gestritten hat, über die gegenwärtige Lage denkt. — wo das Blatt sich so völlig gewandt hat und die Gefahr so groß scheint, daß die tschechische Nation, die er vertritt, aus einem unterdrückten in ein unterdrückendes Volk sich verwandle.

Ein Diener führte mich durch die schönen, mit antiken Möbeln würdig ausgestatteten Räume des alten Schlosses in das Arbeitszimmer des Präsidenten, der mich zuerst nach unserem gemeinsamen Interessenkreise, meinem russischen Arbeitsgebiet fragte. Eine hohe und klare Stirn, ein geistiger Ausdruck des Kopfes, ein gütiges Auge.

Ich erinnerte den Präsidenten daran, daß ich selbst zu denjenigen Deutschen gehöre, die während des Krieges stets für die Versöhnung der Völker gearbeitet haben. Ich sagte ihm, daß es mir vom größten Wert sei, mit einem Manne von so hoher moralischer Autorität zu sprechen, der an verantwortungsvollstem Posten und gerade an einer Stelle stehe, die mit den größten Schwierigkeiten die größte nicht nur lokale, sondern auch weltpolitische Bedeutung für den Frieden der Nationalitäten, den Frieden der Völker verbinde. Ich bat daher, mich offen aussprechen zu dürfen. Und es wurde mir zugestanden.

Ich werde auf diese mehrstündige und überaus interessante Unterredung noch einmal zurückkommen müssen. Heute möchte ich nur ihre wichtigsten Ergebnisse feststellen, soweit sie sich auf dreierlei Frage beziehen, die das Deutschtum am stärksten berührt. Die Frage des deutsch-böhmischen Ausgleichs.

Ich sagte dem Präsidenten, daß gerade unter solchen Deutschen im Lande, die ihm mit der größten Hochschätzung gegenüberständen, sich neuerdings eine starke Enttäuschung geltend mache, ja daß der Eindruck entstanden sei, daß Präsident Masaryk jetzt eine nationalistische, fast deutschfeindliche Haltung einnehme. Ich machte ihn, als ein Symptom, darauf aufmerksam, daß radikal-chauvinistische, deutschfeindliche und antisemitische Kreise des tschechischen Volkes sich jetzt gerade auf ihn beriefen, und ihn mit diktatorischen Vollmachten auszustatten trachteten.

Der Präsident warnte davor, diese tschechischen Kundgebungen zu überschätzen. Er gab mir die Versicherung und ermächtigte mich zu erklären, daß die Befürchtungen, die in deutschen Kreisen über seine Haltung entstanden sind, völlig unbegründet seien.

Ich erlaubte mir, den Präsidenten an einer Zuschrift zu erinnern, die er unter dem 5 April 1896 an den Herausgeber der Wochenschrift „Die Zeit" (die sogenannte „Graue Zeit") gerichtet hat und die in Band VII dieser Zeitschrift, Nr. 82 vom 25. April 1896 unter der Ueberschrift „Zur deutsch-böhmischen Ausgleichsfrage", erschienen ist. Dieser Aufsatz enthält nämlich gerade die Forderungen, die für den deutsch-tschechischen Ausgleich jetzt von den Deutschen erhoben werden. Der Präsident sah den Artikel nochmals durch, erklärte mir, daß er nach wie vor vollkommen auf demselben Boden stehe und ermächtigte mich, dies öffentlich zu erklären.

Da man somit in jenem Aufsatz des Professors Masaryk auch die Grundlagen des Programms erblicken darf, das der Präsident Masaryk in der deutsch-böhmischen Ausgleichsfrage zu verfolgen gedenkt, so ist es notwendig, wenigstens die wichtigsten Teile dieser schönen und umfangreichen Ausführungen im Wortlaut hierher zu setzen.

Professor Masaryk schreibt:

„Erstens erkläre ich, daß ich überhaupt auf keinem nationalen Standpunkte stehe und daher auch nicht in der Frage unseres Verhältnisses zu den Deutschen. Ich stehe auf unserem böhmischen Humanitätsprogramm. Daraus folgen für mich folgende Prinzipien, die ich hier aus meiner „Böhmischen Frage" vorlege:

Ueber die Völker und auch über sein eigenes Volk kann man ganz unparteiisch urteilen, und es ist nicht nötig, sein eigenes Volk zu vergöttern. Ich begreife nicht, warum die Erkenntnis der Wirklichkeit der natürlichen Liebe zu seinem eigenen Volke, seiner Sprache, seiner Nation, hinderlich sein sollte. An besonders auserwählte Völker glaube ich nicht. Ich brauche nicht andere Völker zu erniedrigen, um mein eigenes zu erhöhen. Ich erkenne die Fehler anderer Völker, aber sie brennen mich nicht in demselben Grade, wie die Fehler meines eigenen Volkes. Ich anerkenne die Vorzüge anderer Völker, aber das hat keinen Einfluß auf mein nationales Fühlen... Die Sprache halte ich nicht für heilig, sondern für ein Mittel, das dem Geiste im Bösen wie im Guten dient... Ich komme immer mehr zu der Erkenntnis, daß, was den Charakter betrifft, die Germanen den Slawen am nächsten stehen ..

Von diesem Standpunkte ausgehend, erlaube ich mir jetzt, diejenigen leitenden Prinzipien anzugeben, auf denen sich meiner Ansicht nach die Frage der politischen Versöhnung der Tschechen mit den Deutschen mit Erfolg lösen ließe:

1. Der Friede zwischen uns und den Deutschen, ein dauernder Friede, ist auf dem Programm des politischen Nationalismus nicht möglich. Der heutige Nationalismus ist ein Aberglaube und Fanatismus; wer in der Sprache einen Abgott sieht, der wird im Namen dieses seines Abgottes jene zu erdrücken trachten, die einen anderen Abgott haben. Der Friede zwischen uns und den Deutschen, oder besser gesagt, eine positive und gemeinsame, kulturelle und politische Mitarbeiterschaft ist aber möglich wenn wir als sogenanntes formales Prinzip die Freiheit und als sogenanntes materielles Prinzip die soziale Gerechtigkeit anerkennen. Diese Prinzipien anerkennen, bedeutet aber, nach ihnen handeln, mag der politische Gegner so oder anders handeln... Wer von uns beiden früher und auf-

Der Oberste Rat über die deutsche Antwortnote.

Die Entsendung von Bevollmächtigten nach Paris gefordert.

Ratifizierung eines Protokolls über die beanstandeten Artikel.

Amsterdam, 11. September. (W. T. B.)

Das Reutersche Bureau meldet aus Paris vom 10. September, daß der Oberste Rat über die Antwort auf die deutsche Note mit Bezug auf die Forderung der Entfernung des Artikels 61 der deutschen Verfassung beraten hat. Er kam zu der Ansicht, daß die deutschen Bürgschaften unzulänglich sind, und daß die deutsche Regierung bevollmächtigte Vertreter nach Paris entsenden muß, die ein Protokoll unterzeichnen, in dem alle Artikel der deutschen Verfassung, die mit dem Vertrag von Versailles unvereinbar sind, für null und nichtig erklärt werden. Dieses Protokoll muß ebenso wie der Vertrag von der Nationalversammlung ratifiziert werden.

w. Basel, 11. September.

Der versöhnliche amerikanische Standpunkt in der Frage der Abänderung der deutschen Verfassung hat nunmehr endgültig durchgegriffen. Nach einer Meldung des „New York Herald" hat der Rat der Fünf mit vier gegen eine Stimme den französischen Vorschlag auf Vormarsch der Alliierten nach dem Ablauf des Ultimatums abgelehnt. Entsprechend dem amerikanischen Antrage wird nunmehr eine versöhnliche Antwort abgefaßt. Das Redaktionskomitee wird eine Note, die von dem amerikanischen Delegierten Polk verfaßt wurde, als grundlegend für die Antwort benützen.

In bezug auf die Antwort des Obersten Rats der Alliierten auf die deutsche Note betreffend die Abänderung des Artikels 61 der Reichsverfassung sagt Saint Brice im „Journal": „Dieses Mal springt die Uneinigkeit in die Augen. Selbst nach einer fünften Beratung, die gestern in St. Germain stattfand, konnte der Oberste Rat noch keine Entscheidung treffen. Von diesem augenfälligen Unvermögen sprach gestern ein amerikanisches Blatt und es erklärte, daß Frankreich alle Welt gegen sich habe. Diese Mitteilung ist übertrieben. Italien und Japan haben ihr Desinteressement an der Frage erklärt. Widerstand kommt, was nur zu wahr ist, von den beiden angelsächsischen Staaten. Das ist um so bedauerlicher, als man dadurch Gefahr läuft, schon im Entstehen alle Ausführungsmöglichkeiten zu töten.

Es nützt nichts, eine Binde vor die Augen zu nehmen. Die Deutschen sehen klar, und sie brauchen sich nicht viel Mühe zu geben, um Frankreichs Schwäche zu erkennen." Das Blatt meint, es sei gleichgültig, ob man die von Balfour redigierte Note annehme und ob Deutschland sich bereit erkläre, den Artikel 61 auszumerzen. Man wisse in Berlin doch, daß die angelsächsischen Staaten gegen jede Ausdehnung der Besetzung der Rheinlande seien.

Das rumänische Pressebureau teilt mit, das Gerücht, Rumänien unterhandle mit Ungarn über einen Sonderfrieden, entspreche nicht den Tatsachen.

Die Uebergabe der Friedensbedingungen an die bulgarische Delegation wird wahrscheinlich am Sonnabend stattfinden. Die Zeremonie wird im Ministerium des Auswärtigen vor sich gehen und öffentlich sein. Ein Auszug aus den Friedensbedingungen wird alsdann der Presse übergeben werden.

Balfour wird heute Paris verlassen und nach England zurückkehren. Nach dem „Temps" steht noch nicht fest, wer ihn im Obersten Rat der Alliierten ersetzen wird. Die Entscheidung werde jedenfalls Ende der Woche anläßlich der Anwesenheit Lloyd Georges in Paris erfolgen.

*

Die nunmehr vorliegende Meldung über den Beschluß des Obersten Rats bestätigt die Ankündigung, daß man von der Absicht, das jüngst gestellte Ultimatum aufrechtzuerhalten, abgekommen ist. Die Antwort stellt offensichtlich ein Kompromiß dar zwischen der scharfen Richtung der französischen Politik, die von uns eine Verfassungsänderung in demütigender Form erzwingen wollte, und dieser Auffassung der anderen Mächte, die im Grunde an der letzten deutschen Antwort nichts auszusetzen haben. In dieser Antwort war die geforderte Kraftloserklärung des Paragraphen 61, Absatz 2 der Weimarer Verfassung ausgesprochen. Was jetzt gefordert wird, ist nur, daß diese Erklärung in einem Protokoll, offenbar in einem Zusatzprotokoll zum Versailler Vertrag, wiederholt wird, und daß dies Protokoll dann von der Nationalversammlung ratifiziert wird. Eine Verfassungsänderung kommt nicht mehr in Frage. Strittig scheint nur noch ein Punkt zu sein: Nach der deutschen Note ist die Kraftloserklärung für solange zugestanden, als der Völkerbund nicht zugunsten des Anschlusses von Deutsch-Oesterreich beschließt; nach dem Beschluß des Obersten Rats soll diese Einschränkung wohl wegfallen. Doch wird man den Wortlaut der bevorstehenden Note abwarten müssen, um sagen zu können, ob in der Frage, bei der es sich für uns um die Behauptung unseres guten Rechtes dreht, noch ein unüberbrückbarer Gegensatz vorhanden ist.